

Neuorientierung der Ehebesteuerung: Ehegattensplitting und Lohnsteuerverfahren

- Kurzfassung -

Von Anne Jenter und Ulrike Spangenberg

Seit seiner Einführung im Jahr 1958 wird das Ehegattensplitting kontrovers diskutiert. Steuerrechtlich erscheint es fragwürdig, familienpolitisch ist es nicht bedarfsorientiert, und mit Blick auf gleichstellungspolitische Belange ist es sogar schädlich. Dennoch kommen Korrekturen am Ehegattensplitting nicht voran. Obwohl es in der rot-grünen Bundesregierung immer wieder Diskussionen über Änderungen zum Ehegattensplitting gab, kam es in der nunmehr schnell ablaufenden Legislaturperiode nicht zu konkreten Maßnahmen. Nun will die SPD laut Wahlprogramm das Ehegattensplitting beibehalten. Grüne/Bündnis 90 und PDS sind für eine Abschaffung. Allerdings gab es – bislang ohne konkreten Gesetzgebungsvorschlag - durchaus Vorarbeiten zur Abschaffung der Lohnsteuerklassen III und V, die einer neuen Regierung hoffentlich nicht zum Opfer fallen. Im bürgerlichen Lager ist, gemessen am Wahlprogramm von CDU/CSU und FDP, die Neigung noch geringer, Korrekturen am Ehegattensplitting vorzunehmen. Angesichts der Aussicht auf eine bürgerlich-liberale Mehrheit nach der Bundestagswahl könnte es dazu kommen, dass Reformen weiterhin unterbleiben. Damit aber würde an einer Steuersystematik festgehalten, die gleichstellungspolitisch nicht tolerabel, steuerrechtlich nicht sachgerecht und familienpolitisch ein Irrläufer ist. Eine Korrektur am Ehegattensplitting, die gesellschaftlichen, verfassungsrechtlichen und schließlich auch fiskalischen Interessen Rechnung trägt, könnte im Modell einer Individualbesteuerung der Eheleute mit einem zweiten übertragbaren Grundfreibetrag liegen.

Die Diskussion um das Ehegattensplitting und um die Anforderungen an eine alternative Besteuerung der Ehe ist mehrschichtig. Seitens der EU wurde Deutschland mehrfach angemahnt, das Steuersystem auf Benachteiligungen zu Lasten von Frauen zu prüfen und gegebenenfalls zu ändern. Zu den benachteiligenden Elementen ist mit einiger Berechtigung eben das Ehegattensplitting zu zählen. Auf der steuerrechtlichen Ebene geht es um die Frage, ob das Ehegattensplitting eine Steuervergünstigung ist oder aber eine sachgerechte und gebotene Besteuerung der Ehe. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Lebenspartnerschaftsgesetz – die ein Abstandsgebot zwischen Lebenspartnerschaft und Ehe ablehnte – ist in diesem Zusammenhang auch zu diskutieren, ob Lebenspartnerschaft und Ehe im Steuerrecht gleichzustellen sind.

Fest steht, dass Steuern indirekte Anreize für Verhaltensweisen setzen. So können Steuern den Wunsch nach Aufnahme einer Beschäftigung verstärken oder mindern. Freibeträge für Kinder, die Höhe von Eingangs- und Spitzensteuersatz oder die Besteuerung von Zuschlägen für Sonntags- oder Feiertagsarbeit sind deshalb relevant für die im Grundgesetz verankerte Verpflichtung des

Staates, die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen. Überdies ist Deutschland auch über den europarechtlich verankerten Grundsatz gleichen Entgelts für gleiche und gleichwertige Arbeit in Art. 141 EGV und die beschäftigungspolitischen Leitlinien zur Prüfung und ggf. Änderung der benachteiligenden Wirkungen des Steuersystems auf Frauen verpflichtet.

Nicht zuletzt ist es eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit ersten Ranges, grundsätzlich zu diskutieren, welcher Stellenwert künftig der Förderung der Ehe gegenüber der Förderung von Eltern mit Kindern zukommen soll.

Weitgehend unstrittig in der steuerpolitischen Diskussion ist, dass das Ehegattensplitting vor allem die so genannte Einverdienstehe fördert. Dabei werden die Wirkungen des Ehegattensplittings bei abhängig Beschäftigten durch das gegenwärtige Lohnsteuerverfahren noch verstärkt. Die Lohnsteuerklasse V, die zu unverhältnismäßig hohen Lohnsteuerabzügen führt, wird in Politik und Wissenschaft fast einhellig kritisiert. Alternative Modelle anstelle der gegenwärtigen Lohnsteuerklassen sind bekannt. Unter gleichstellungsrechtlichen Aspekten wäre die Abschaffung der Lohnsteuerklassenkombination III und V unter Beibehaltung des Ehegattensplittings zwar unzureichend, aber doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Funktionsweise und Fallstricke des Ehegattensplittings

Nach § 26 Einkommensteuergesetz (EStG) können Eheleute zwischen einer getrennten Steuerveranlagung, die weitgehend einer individuellen Besteuerung entspricht, und der Zusammenveranlagung wählen. Die meisten Eheleute nutzen die finanziell vorteilhaftere Zusammenveranlagung. Danach wird auf der Ebene der Bemessungsgrundlage ein gemeinsames zu versteuerndes Einkommen der Eheleute ermittelt (§ 26b EStG). Nach dem darauf aufbauenden Splittingverfahren/ Splittingtarif (§ 32 Abs. 5 EStG) wird das gemeinsam zu versteuernde Einkommen durch zwei geteilt (Halbteilung). Für diese Hälfte wird anhand des Grundtarifs eine fiktive Einkommensteuer ermittelt, die dann verdoppelt die tatsächliche gemeinsame Steuerschuld ergibt.

Der Splittingtarif bewirkt erstens, dass sich der Grundfreibetrag verdoppelt (derzeit 15.328 € für Eheleute). Er bewirkt zweitens durch die Halbteilung des gemeinsam zu versteuernden Einkommens eine Abflachung der Steuerprogression. Der aus dem Splittingverfahren folgende sog. Splittingvorteil oder Splittingeffekt ist die Differenz zwischen einer individuellen Besteuerung des Einkommens der Ehepartner/innen nach dem Grundtarif und der Besteuerung nach dem Splittingtarif.

Dieser Splittingvorteil fällt umso höher aus, je größer die Differenz zwischen den Einkommen der Eheleute ist. In Ehen, in denen nur ein Ehepartner oder eine Ehepartnerin – in der Regel ist es der Ehemann - ein Einkommen erzielt, in den so genannten Einverdienstehen, ist die Entlastungswirkung am höchsten. Bei gleich hohen Einkommen ist die Entlastung gleich null, und bereits ein geringer Zweitverdienst in Höhe von 10% des gemeinsamen Einkommens der Eheleute hat erhebliche finanzielle Nachteile. Der Splittingvorteil steigt überdies mit der Höhe des gemeinsam zu versteuernden Einkommens. Den Tarif 2005 angelegt, liegt der höchstmögliche Splittingvorteil bei 7.914 €. Erreicht wird er von Einverdienstehen mit einem gemeinsam zu versteuernden Einkommen von 110.016 €.

Splittingvorteil in € nach Höhe des gemeinsamen zu versteuernden Einkommens und Verhältnis der Einkommenshöhe innerhalb der Ehe (Tarif 2005)

ZVE	Splittingvorteil in € nach Verhältnis der Einkommenshöhe innerhalb der Ehe			
	50/50	70/30	90/10	100/0
20.000	0	498	1.517	2.054
35.000*	0	250	1.925	3.089
45.000**	0	356	2.308	4.004
60.000	0	660	3.152	5.672
120.000	0	569	3.690	7.914

Quelle: Eigene Berechnungen¹ * Durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen Ostdeutschland

** Durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen Westdeutschland, Daten der EVS 2003

Nutznieser des Ehegattensplittings sind somit Ehen, in denen nur einer der Eheleute ein zu versteuerndes Einkommen erzielt, und dies am besten auch noch in einer deutlich über dem Durchschnitt angesiedelten Größenordnung. Hinsichtlich der verteilungspolitischen Wirkungen wie auch der gleichstellungspolitischen Konsequenzen erscheint die Ausgestaltung des Ehegattensplittings somit fragwürdig.

Gleichsam als zusätzlicher Katalysator für eine kritisch zu betrachtende Privilegierung der Ehe im allgemeinen und der Einverdienstehe im besonderen wirken die Möglichkeiten der Verlustverrechnung und des Verlustvor- bzw. Verlustrücktrages für gemeinsam veranlagte Ehepaare (Einverdienstehen werden beim Verlustvortrag oder -rücktrag die doppelten Höchstbeträge sogar unabhängig von einem zweiten Einkommen zugestanden) sowie der Sachverhalt, dass bestimmte Freibeträge für Werbungskosten, Sonderausgaben (z.B. Beiträge für Kranken- und Rentenversicherungen) und außergewöhnliche Belastungen verdoppelt und ehebezogen gewährt werden, unabhängig davon, wem die Aufwendungen entstanden sind und wem sie zu Gute kommen. In Einverdienstehen fließt die steuerliche Entlastung ausschließlich der erwerbstätigen Person – in der Regel dem Ehemann – zu.

Die Zusammenveranlagung gewährt verheirateten Eltern auch den kindbedingten Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsaufwand gemeinsam, unabhängig von tatsächlichen finanziellen Aufwendungen. Mit dieser Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdbetreuung werden die steuerlichen Anreize erneut in Richtung Einverdienstehe gesetzt. In all den Fällen, in denen eine Erwerbstätigkeit beider Eltern Fremdbetreuung mit den entsprechenden Kosten notwendig macht, schmilzt schließlich die reale Steuerentlastung. Im anderen Fall – der Eigenbetreuung – fallen Entlastungsgrund (die Betreuungsarbeit) und die Entlastungswirkung (die Steuerentlastung) auseinander, fast immer zum Schaden der Frauen, die im Regelfall zwar für die Kinderbetreuung zuständig sind, aber mangels Einkommen nicht von Steuerentlastungen profitieren.

Dass der kindbedingte Freibetrag in der gegenwärtigen Form überdies mit zentralen Grundsätzen des Steuerrechts (etwa dem Gebot zur Besteuerung gemäß Leistungsfähigkeit) kollidiert, rundet nur mehr das Bild ab: In steuerrechtlicher Hinsicht erscheint die gegenwärtige Handhabung des

Ehegattensplittings in zentralen Punkten unplausibel bis fragwürdig, im gesellschaftspolitischen wie auch im gleichstellungspolitischen Interesse ist sie kontraproduktiv und schädlich.

Das Ehegattensplitting in seinen finanziellen und gesellschaftlichen Konsequenzen

Zu den finanziellen Auswirkungen der ehebezogenen Begünstigungen bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens fehlt es bislang an Analysen. Die Aufkommens- und Verteilungswirkungen des Splittingtarifs wurden auf der Grundlage der Lohn- und Einkommensteuerstatistik für den im Veranlagungszeitraum 2003 geltenden Einkommensteuertarif vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) untersucht. (Bach u.a.: Untersuchung zu den Wirkungen der gegenwärtigen Ehegattenbesteuerung auf Grundlage von fortgeschriebenen Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik. Projektbericht 2 zur Forschungskooperation „Mikrosimulation“ mit dem BMF, Materialien des DIW Berlin, Nr. 27, Dezember 2002.) Für den Einkommensteuertarif 2005 sind Abweichungen dargestellt. Nach dieser Untersuchung beläuft sich die gesamte steuerliche Entlastung aus dem Splittingtarif, das sog. Splittingvolumen, unter dem Tarif 2005 auf insgesamt 20,7 Mrd. €. Folgende Kernaussagen lassen sich machen:

- Vom Splittingtarif profitieren Einverdiensten überdurchschnittlich.
Zwar machen diese nur 39 Prozent aller Ehen aus, jedoch entfallen 61 Prozent des gesamten Splittingvolumens auf diese Eheform (nach Tarif 2003).
Im Durchschnitt belief sich der Splittingvorteil in Einverdiensten auf ca. 2.800 € gegenüber 1.200 € für Zweiverdiensten.
- Die Entlastung fällt überwiegend in den alten Bundesländern an.
Wegen der höheren Einkommen in den alten Ländern und des höheren Anteils an Zweiverdiensten in den neuen Ländern fällt die steuerliche Entlastung zu 93 Prozent (19,3 Mrd. €) Personen im Westen zu. Der durchschnittliche Splittingvorteil lag im Westen bei rd. 1.800 € gegenüber ca. 720 € im Osten (gem. Tarif 2003).
- Das Splitting hat keinen nennenswerten familienfördernden Effekt.
43 Prozent aller Ehen, die vom Ehegattensplitting profitieren, sind kinderlos.
Das Entlastungsvolumen entfällt nur zu 65 Prozent auf Ehen mit Kindern (gem. Tarif 2003). Unverheiratete Eltern und Alleinerziehende (ein Viertel aller Eltern-Kind-Gemeinschaften) profitieren überhaupt nicht vom Ehegattensplitting.
Die maximale Steuerentlastung für Alleinerziehende nach § 24b EStG liegt weit unter dem durchschnittlichen Entlastungseffekt des Ehegattensplittings.
- Das Splitting behindert die Beschäftigung verheirateter Frauen.
Da der größte Splittingvorteil in Einverdiensten anfällt, lohnt sich eine zweite Erwerbstätigkeit nur, wenn der Splittingvorteil mindestens „zurückverdient“ wird. Damit verstärkt sich der allgemeine Trend, der Frauen die Hauptrolle in der Betreuungsarbeit zuweist und zu einem entsprechend hohen Frauenanteil in Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungen führt. Die Konsequenzen hinsichtlich einer unzureichenden, eigenständigen sozialen Absicherung sind bekannt. Das Problem niedrigerer Entlohnung von Frauen, der

fehlende Zugang zu Führungspositionen, die Entwertung beruflicher Bildung durch allzu lange Erwerbspausen – all diese Phänomene werden durch die Praxis des Ehegattensplittings begünstigt und in ihrer Wirkung verstärkt. Hinzu kommt, dass das Ehegattensplitting Abhängigkeiten unter Ehepaaren provoziert, da ein rechtlicher Anspruch auf einen eheinternen Ausgleich des Steuervorteils nicht gegeben ist, wenn es an einer eigenen Erwerbstätigkeit fehlt.

Das Ehegattensplitting – weder sachgerecht noch verfassungsrechtlich geboten

Neben den offensichtlichen Fehlanreizen, die sich aus dem Ehegattensplitting ergeben, diskreditiert sich dieses System auch über eine Vielzahl an steuersystematischen Unplausibilitäten. Schon das dem Ehegattensplitting zugrunde liegende Halbteilungsverfahren birgt eine Vielzahl an Problemen. Rechtlich ist die Fiktion eines halbierbaren Einkommens nur schwer haltbar: Sie entspricht nicht dem gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft unter Ehepaaren, bei dem Einkünfte und Vermögen den Eheleuten individuell zustehen. Überdies ist die Annahme einer intakten Durchschnittsehe, in denen Eheleute ihr Einkommen teilen und gleichberechtigt darüber verfügen, zwar durchaus möglich – in der Realität aber nicht belegt. Im Gegenteil zeigen Untersuchungen, dass an den Zugang zu finanziellen Mitteln auch die Entscheidung über deren Verwendung geknüpft ist.

Verfassungsrechtlich steht das Ehegattensplitting auf wackligem Boden. So ist anzuzweifeln, ob das Ehegattensplitting den Ehepartnern Gestaltungsfreiheit gewährleistet, wie sie aus dem Schutz von Ehe und Familie nach Art.6 Abs. 1 GG abzuleiten ist. Eine Betrachtungsweise aus der Perspektive der Ehe als Einheit vernachlässigt das ebenfalls grundgesetzlich verankerte Gleichberechtigungsgesetz aus Art. 3 Abs. 2 GG. Um dies für Ehe und Familie nicht ins Leere laufen zu lassen, muss auch die individuelle Entscheidungsfreiheit beider Ehepartner/innen gewährleistet sein.

Ein Förderungsgebot aus Art. 6 Abs. 1 GG zugunsten der Ehe, über den Schutz von Ehe und Familie hinaus, kann das Ehegattensplitting nicht rechtfertigen. Eine Förderung der Ehe müsste alle Ehen, unabhängig von der Höhe des Einkommens und der Erwerbskonstellation, erreichen.

Grundsätzlich ist darüber hinaus zu überlegen, ob eine besondere Förderung der Ehe überhaupt noch zeitgemäß und geboten ist. In Vergleich gesetzt zum ideellen, finanziellen und zeitlichen Aufwand, den Kinder bedeuten, muss eine besondere Förderungsnotwendigkeit der Ehe sicher verneint werden.

Hinzu kommt, dass das Ehegattensplitting gegen das nationale und europarechtliche Verbot mittelbarer Diskriminierung von Frauen verstößt. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 3 Abs. 2 und 3 GG liegt eine verbotene Anknüpfung an das Geschlecht auch vor, wenn eine geschlechtsneutral formulierte Regelung überwiegend Angehörige eines Geschlechts, etwa Frauen, betrifft.

Nach Ansicht der Europäischen Kommission verlangt das geltende Gemeinschaftsrecht über Artikel 141 EGV, bei der Besteuerung des Erwerbseinkommens den Gleichbehandlungsgrundsatz zu wahren. Die Mitgliedsstaaten sind danach, auch über die Beschäftigungspolitischen Leitlinien,

verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihre Steuersysteme nicht die Angehörigen des einen oder des anderen Geschlechts diskriminieren.

Alternative zum Ehegattensplitting: Individualbesteuerung mit zweitem übertragbarem Grundfreibetrag

Das Modell einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag trägt gesellschaftlichen, gleichstellungspolitischen und finanziellen Interessen Rechnung; es korrigiert die offensichtlichen Fehlanreize des Ehegattensplittings und ist insofern der gegenwärtigen Praxis klar überlegen. Nach diesem Modell werden Eheleute einzeln besteuert. Jedem/jeder Ehepartner/in steht individuell der Grundfreibetrag zu, der das Existenzminimum von der Einkommensteuer freistellt und zur freien Verfügung belässt

Soweit der Grundfreibetrag nicht durch eine eigene Erwerbstätigkeit ausgeschöpft ist, kann dieser auf den anderen Partner/ die andere Partnerin übertragen werden. Ehebezogene Abzüge im Rahmen der Berechnung des zu versteuernden Einkommen werden auf die Eheleute verteilt mit der Folge, dass die steuerlichen Entlastungen nicht nur personenbezogen dort berücksichtigt werden, wo sie entstehen, sondern auch unmittelbar der Person zufließen, für die die Aufwendungen entstehen

Die Individualbesteuerung garantiert, dass jede/r Ehepartner/in weitgehend unabhängig von der Erwerbstätigkeit und damit dem Grenzsteuersatz des Partners/ der Partnerin besteuert wird. Das Modell entspricht so gleichstellungspolitischen Belangen und hat positive Auswirkungen auf Erwerbsaufnahme und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen.

Auswirkung der Umgestaltung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit einem zweiten übertragbaren Grundfreibetrag auf das Haushaltsnettoeinkommen

Haushaltstypen	Gehaltsstufen	Auswirkung im Haushaltsnettoeinkommen
Ehepaar mittleres Einkommen 1 Kind	A 11/5	- 3,1%
1 AlleinverdienerIn 1 PartnerIn in Elternzeit	BAT-O IVa,31	- 3,3%
Ehepaar höheres Einkommen 1 Kind	A 15/7 und A 11/6	- 0,6%
Zweiverdiener Vollzeitbeschäftigung	BAT-O Ia,43 und BAT-O IVa,37	- 0,3%
Ehepaar höheres Einkommen 2 Kinder	A 13/5 und A 13/5 in 2/3Teilzeit	- 2,3%
Zweiverdiener 1 PartnerIn teilzeitbeschäftigt	BAT-O IIa,35 und BAT-O IIa,35 in 2/3Teilzeit	- 1,9%
Ehepaar mittleres Einkommen 2 Kinder	A 12/12 und A 13/5 in 2/3 Teilzeit	- 0,3%
Zweiverdiener 1 PartnerIn teilzeitbeschäftigt	BAT-O III,45 und BAT-O III,45 in 2/3Teilzeit	- 0,7%
Ehepaar mittleres Einkommen Keine Kinder	A 12/11	- 3,7
AlleinverdienerIn	BAT-O III,45	- 5,0

Modelle wie das Familiensplitting oder das Familienrealsplitting sehen vor, dass Unterhaltspflichten gegenüber Kindern über das Existenzminimum hinaus berücksichtigt oder Steuerfreibeträge für Kinder ausgeweitet werden. Dagegen spricht, dass sich eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Förderung von Familien über das Steuerrecht nicht erreichen lässt – ebenso wenig wie eine Gleichstellung der Haus- und Betreuungstätigkeit verheirateter Frauen.

Die Individualbesteuerung mit übertragbarem zweitem Grundfreibetrag läuft auf eine Besteuerung der Ehe hinaus, durch die ein höheres Steueraufkommen entsteht, das zugunsten einer Familienförderung außerhalb des Steuerrechts verwendet werden kann – z.B. für die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und den Ausbau von Ganztageseinrichtungen für Kinder sowie für ein Elterngeld als Lohnersatzleistung. Die Auswirkungen für das staatliche Steueraufkommen sind erheblich. Für den Tarif 2005 ist ohne Berücksichtigung von Ausweichreaktionen, z.B. durch Umverteilungen innerhalb der Ehe, ein Steuerermehraufkommen von ca. 7,5 bis 8 Mrd. € zu erwarten. Darüber hinaus ist mit weiteren Steuerermehreinnahmen zu rechnen, die durch den Wegfall der ehebezogenen Besserstellung bei der Ermittlung des gemeinsamen zu besteuernenden Einkommens anfallen.

Der Zusatzaspekt: Die Neuregelung des Lohnsteuerverfahrens für Eheleute

Unter Beibehaltung des Ehegattensplittings wurde auf Bundesebene in Abstimmung mit den Lohnsteuerreferenten der Länder ein alternatives Lohnsteuermodell das so genannte Anteilsverfahren für Eheleute erarbeitet. Nach den Planungen der rot-grünen Bundesregierung sollte eine entsprechende Gesetzesvorlage folgen.

Im Fokus der bisherigen Änderungspläne stand das Lohnsteuerverfahren für erwerbstätige Ehepaare, die bisher in den Lohnsteuerklassen III und V eingetragen waren. In dieser häufig vertretenen Lohnsteuerkombination fließen dem Partner mit dem höheren Einkommen – in der Regel dem Ehemann - die steuerlichen Entlastungen aus den gemeinsamen Steuerabzugsbeträgen und die Vorteile aus dem Ehegattensplitting (doppelter Grundfreibetrag und Abflachung der Progression) zu. Der unverhältnismäßig hohe Abzug in der Lohnsteuerklasse V wirkt sich vor allem zu Lasten von Ehefrauen aus, für die Aufnahme oder Ausweitung einer Beschäftigung damit unattraktiv gemacht werden.

Hinzu kommt, dass die Zuordnung der kindbedingten Freibeträge zu Lohnsteuerklasse III dafür sorgt, dass die Abzüge für Solidaritätsbeitrag und Kirchensteuer niedriger sind als in Lohnsteuerklasse V. Damit fließen die kindbedingten Besserstellungen der Person zu, die aufgrund ihrer höher bewerteten Erwerbstätigkeit in der Regel gerade nicht für die Kinderbetreuung zuständig ist.

Personen mit Lohnsteuerklasse V müssen hingegen in Kauf nehmen, dass sich Lohnersatzleistungen wie das Arbeitslosengeld oder auch der Aufstockungsbetrag für Altersteilzeit durch den hohen Steuerabzug entsprechend reduzieren.

Vor diesem Hintergrund ist die Lohnsteuerkombination III/ V geradezu als Bündelung aller denkbaren sozial-, gleichstellungs- und familienpolitischen Diskriminierungsfaktoren zu sehen, an deren Korrektur ein breites, politisches Interesse besteht.

Die Alternativen: Anteilsverfahren und Begünstigungsverfahren

Das derzeit auf Bundesebene bevorzugte Korrekturmodell ist das so genannte Anteilsverfahren, mit dem versucht wird, das tatsächliche Verhältnis der Bruttolöhne der Eheleute abzubilden. Verdient ein Ehepartner 70 Prozent des gemeinsamen Einkommens, die Ehefrau 30, dann würde die Lohnsteuer im Verhältnis 70 zu 30 auf den/die jeweilige Ehepartner/in verteilt. Der Arbeitgeber errechnet die Lohnsteuer anhand des auf der elektronischen Lohnsteuerkarte eingetragenen Anteils am gemeinsamen Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit.

Das Anteilsverfahren bleibt jedoch hinter gleichstellungsrechtlichen, güter- und steuerrechtskonformen Anforderungen an eine leistungsgerechte Lohnbesteuerung zurück. Die Aufteilung anhand der Bruttoeinkommensverhältnisse hat zur Folge, dass ein Teil der Progressionsbelastung des höheren Einkommens auf das niedrigere Einkommen verlagert wird. Das Prinzip der höheren Belastung des geringeren Einkommens und die mittelbare Diskriminierung von Frauen bleiben bestehen. Die Aufteilung der Lohnsteuer widerspricht dem gesetzlichen Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft und dem steuerrechtlichen Maßstab der Aufteilung einer Steuerschuld von Eheleuten. Hinzu kommt, dass das Anteilsverfahren Datenschutzprobleme aufwirft. Mit der

Kenntnis des individuellen Anteils der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers an dem gemeinsamen ehelichen Bruttoeinkommen hat der Arbeitgeber konkrete Kenntnis über die Einkommensverhältnisse beider Eheleute.

Ein gleichermaßen auf Bundesebene diskutiertes Alternativmodell war das so genannte Begünstigungsverfahren. Danach werden Lohnsteuer und Splittingvorteil in dem Verhältnis auf die Eheleute verteilt wird, das sich nach einer fiktiven individuellen Besteuerung der individuellen Bruttoeinkommen ergibt. Dabei ermittelt der Arbeitgeber anhand der Lohnsteuerklasse IV die Lohnsteuer für den/die Arbeitnehmer/in und multipliziert diese mit einem Begünstigungsfaktor, der den Splittingvorteil ausweist. Der Begünstigungsfaktor wird vom Finanzamt über den Splittingvorteil des Vorjahres berechnet und auf der elektronischen Lohnsteuerkarte eingetragen. Die prozentuale Berücksichtigung des Splittingvorteils als Abzugsbetrag gewährleistet, dass der Splittingvorteil beiden Eheleuten während des Jahres unmittelbar zufließt. Im Vergleich zum Anteilsverfahren wird das höhere Einkommen stärker und das niedrigere Einkommen schwächer besteuert. Die Verteilung spiegelt die tatsächliche individuellen Progressionsbelastung wider. Damit entspricht das Begünstigungsverfahren den gleichstellungsrechtlichen, güterrechts- und steuerrechtskonformen Anforderungen in höherem Maß als das ebenfalls diskutierte Anteilsverfahren.

Eine Schlussbemerkung

Die öffentliche Diskussion neigt dazu, Irrungen und Wirrungen bei der Besteuerung von Ehepaaren auf die missliebige Lohnsteuerklassenkombination III/ V zu verengen. Die Lohnsteuer ist jedoch nicht mehr als eine Erhebungsform der Einkommensteuer und ändert nichts an den in vielerlei Hinsicht fatalen Folgen des Ehegattensplittings. Die Forderung nach einer alternativen Besteuerung der Ehe unter Abschaffung des gegenwärtig geltenden Ehegattensplittings bleibt daher unverändert wichtig.

Die Langfassung des Gutachtens ist als Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht und unter http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-F841BA15/hbs/hs.xsl/show_project_fofoe.html?projectfile=S-2004-680-4-F.xml im Internet herunter zu laden.

Das Gutachten kann ebenfalls unter www.gew.de/pressemitteilungen.html heruntergeladen werden.